

POLIZEI UND MUSLIME INFORMIEREN



DOKUMENTATION

**Gemeinsam für Vertrauen
Gemeinsam gegen Extremismus und Gewalt**

Fachtagung
28. April 2007
Neuss



Kurzreferat
Prof. Klaus J. Bade
 Universität Osnabrück

Muslime, Integration und innere Sicherheit in Deutschland: Schreckbilder – Konfliktpotentiale – pragmatische Annäherungen.

1. Schreckbilder im Integrationsprozess

Die öffentliche und politische Diskussion über Integrationsfragen ist in Deutschland oft unnötig aufgeregt. Dabei wird meist übersehen, dass Integration hierzulande längst zum Normalfall geworden und sehr pragmatisch gehandhabt wird. Der nüchterne Blick auf die in der Regel ruhige und unauffällige Entwicklung von Integration in Deutschland wird immer wieder getrübt durch umlaufende und durch die Medien verstärkte katastrophistische Bewertungen, von denen ich hier nur drei prominente Beispiele nennen will:

An erster Stelle nenne ich meinen geschätzten emeritierten Kollegen Prof. Dr. Herwig Birg. Er ist als Demograph ein weitsichtiger Experte und ein lange überhörter, im Grunde erst in den Jahren vor seiner Emeritierung von Politik und Öffentlichkeit entdeckter Frühwarner. Er hat aber, insbesondere als Publizist in den Medien, mit seinen katastrophistischen

Perspektiven vom Untergang der deutschen Kulturnation in einer ›Multiminoritätengesellschaft‹ auch abwegige und gesellschaftspolitisch gefährliche Angstvorstellungen geweckt. Und er hat vor diesem Hintergrund als Regierungsberater auch dazu beigetragen, dass ein pragmatisches Zuwanderungsgesetz mit flexiblen Steuerungsinstrumentarien verhindert und stattdessen jener sich selbst lähmenden migrationspolitischen Selbstbegrenzung der Weg geebnet worden ist, deren Mängel heute unverkennbar sind.¹

An zweiter Stelle nenne ich die Schriftstellerin und Publizistin Dr. Necla Kelek. Sie hat, zusammen mit anderen, das Verdienst, einige düstere Seiten der Integration in der islamischen Einwandererwelt in Deutschland eindringlicher ausgeleuchtet zu haben, von denen noch die Rede sein wird. Ihre appellativ prä-sentiertere anekdotische Evidenz wird dabei offenkundig weithin mit belastbaren empirischen Ergebnissen verwechselt. Sie sorgt damit insbesondere als Publizistin in der Tagesdebatte für eine Verstärkung und Legitimation kulturaggressiver Vorstellungen von einer mangelhaften oder sogar unzureichenden Integrationsfähigkeit muslimischer Einwanderer und ermuntert den angeblich naiv toleranten bzw. selbstlos einwande-

rerfreundlichen deutschen Staat zu einer unnachgiebigen leitkulturellen Disziplinierung der Muslime im Integrationsprozess.²

An dritter Stelle nenne ich das Lamento über die angeblich allgemein hin ›gescheiterte Integration‹ im Anschluss an ein auf die ›islamische Zuwanderung‹ bezogenes Diktum des Politikwissenschaftlers und Islamforschers Prof. Dr. Bassam Tibi. Er erklärte schließlich 2006 auch seine eigene Integration in Deutschland für gescheitert – nämlich an der mangelnden Akzeptanzbereitschaft dieses (ganz umgekehrt wie bei Kelek) als wenig tolerant und einwandererfreundlich erlebten Landes und begründete damit seine Absicht, alsbald in die USA auszuwandern und dort ein Buch zu veröffentlichen über sein lebenslanges Leiden als Fremder in Deutschland (›A Life of Suffering as an Alien in Germany‹).³

Das sind nur drei beliebig herausgegriffene Beiträge zur Neurotisierung der Integrationsdiskussion in Deutschland. Nüchternheit und Pragmatismus sind angemessenere Orientierungshilfen: Es gibt in Deutschland, wie in anderen europäischen Einwanderungsländern, zweifelsohne intergenerative Integrationsprobleme. Dennoch gibt es in Sachen Migration und Integration keinen Anlass zu nationaldepressiven Selbstbeschrei-

bungen. Trotz lange fehlender Integrationskonzepte auf der deutschen Seite, trotz mancherlei Verzögerungen im Integrationsprozess bei der Zuwandererbevolkerung und trotz ebenso unübersehbarer sozialer Brennpunkte ist der deutsche Weg in die Einwanderungsgesellschaft insgesamt nach wie vor ein pragmatischer Erfolgsfall, der einem Vergleich mit anderen europäischen Einwanderungsländern durchaus stand hält.

In Deutschland wird der Blick auf die größtenteils friedliche Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft oft verstellt durch die Beschwörung einer allgemeinen ›Integrationskrise‹ mit einseitiger Konzentration auf abschreckende Stichworte wie ›Ehrenmorde‹, ›Zwangsheiraten‹, ›Genitalverstümmelungen‹ und ›Parallelgesellschaften‹, organisiert in ›ethnischen Kolonien‹ als Zentren von Kriminalität und häuslicher Gewalt. Die Inszenierung solcher Horrorkulissen wird geläufiger Weise begleitet von der nicht minder einseitigen, zwar längst hinlänglich widerlegten, aber immer wieder aufs Neue aufgetischten Legende von der volkswirtschaftlich angeblich rein negativen Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung seit Mitte der 1950er Jahre.

Integrationsforschung wiederum konzentriert sich in Wirklichkeit oft mehr auf Konflikte und Desintegration – so als führe die Analyse von Verkehrsunfällen zur Entdeckung der Verkehrsregeln. Es ist schriftstellerisch wie wissenschaftlich zweifelsohne leichter, sensationelle Ausnahmesituationen zu beschreiben und damit das Lesepublikum in seinen eigenen sozialen und kulturellen Ängsten zu bestätigen, als die durchaus unauffälligen Normlagen der Integration und deren komplexe Eigendynamik zu beschreiben und zu analysieren.

Gelingende Integration aber zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie unauffällig bleibt. Ein alltäglicher Beleg dafür war die erstmalige statistische Erschließung des ›Migrationshintergrundes‹ der in Deutschland lebenden Bevölkerung. Dabei ergab sich, dass 2005 in Deutschland bereits 15,3 Millionen Menschen, d.h. fast ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland (ca. 19 Prozent) einen ›Migrationshintergrund‹ hatten – und niemand hatte es so recht bemerkt. Dabei liegen zum Beispiel in Großstädten Nordrhein-Westfalens die entsprechenden

Daten für die nachwachsende Generation im schulpflichtigen Alter sogar längst mehr als doppelt so hoch, Tendenz steigend.

2. Konfliktpotentiale im Integrationsprozess

Euphemistische Verharmlosungen und harmonistisches Schönreden freilich wären nicht minder abwegig und gesellschaftspolitisch fahrlässig wie die erwähnten Bedrohungsszenarien: Es gibt z.B. in aus bestimmten Regionen der Türkei, aber auch aus anderen Ausgangsräumen stammenden Zuwanderermilieus zweifelsohne Fälle atavistischer Schwerstkriminalität in Gestalt der in den Herkunftskulturen mitunter auch ›Traditionsmorde‹ genannten ›Ehrenmorde‹. Das nordrhein-westfälische Integrationsministerium geht allein für 1996–2005 von 55, das Bundeskriminalamt (BKA) von mindestens 48 (ohne ›Blutrachedelikte‹), Terre des Femmes von mindestens 49 ausgeführten oder versuchten einschlägigen Gewaltverbrechen mit nach BKA-Angaben 36 weiblichen Opfern aus. Die meisten Fälle ereigneten sich in Familien türkischer Herkunft. Täter waren meist Väter, Brüder oder Mütter der Opfer.⁴

Ebenso gibt es offenkundig neben einvernehmlich arrangierten Eheschließungen – in weitaus geringerem Umfang, aber in fließenden Grenzen dazu – das Phänomen der Zwangsheiraten. Und es gibt auch immer wieder registrierte Fälle erzwungener Genitalverstümmelungen. Es ist wichtig und nötig, solche unerträglichen, mit den Grundwerten und der davon getragenen Rechtsordnung dieses Landes unvereinbaren Formen von Gewaltkriminalität und abweichendem Verhalten zu beschreiben und damit zu deren Aufklärung, Verfolgung und gesellschaftlicher Ächtung beizutragen.⁵ Aber wir haben dazu jenseits von Hellfeld-Erkenntnissen der Behörden bislang eben noch hauptsächlich journalistische bzw. schriftstellerische, d.h. vorwiegend anekdotische Evidenz⁶ und, trotz der damit in der Regel verbundenen Appelle, noch immer viel zu wenig wissenschaftlich fundierte Informationen, mithin erheblichen Forschungsbedarf.⁷

Es ist aber in jedem Falle abwegig, ›Ehrenmorde‹, Zwangsheiraten oder Genitalverstümmelungen einseitig ›dem Islam‹ zuzuweisen, denn es gibt beide Delikte auch in anderen Herkunftskulturen, ganz abgesehen davon, dass der Islam ohnehin keine Einheit ist, sondern eine Vielfalt von Lehrtraditionen umschließt. Was würde sich überdies ergeben, wenn man einmal ›Ehrenmorde‹ in der Zuwandererbevolkerung sozial- und altersgruppenspezifisch mit Eifersuchtsmorden in der Mehrheitsgesellschaft vergleichen würde? Wie stünde es bei einem Vergleich der geläufiger Weise ebenfalls einseitig dem ›islamisch-türkischen‹ Milieu zugewiesenen häuslichen Gewalt z.B. mit der Gewalttätigkeit in deutschen Aussiedlerfamilien, aber durchaus auch in deutschen Familien ohne Migrationshintergrund, aber mit verwandter Soziallage?⁸ Nicht minder bemerkenswerte ›Parallelen‹ ergäbe ein Vergleich der viel gezeichneten und angeblich allenthalben in urbanen Zuwanderungsdistrikten wuchernden integrationsfeindlichen ›islamischen Parallelgesellschaften‹ mit manifestem Missverhältnis zum öffentlichen Schulwesen in Deutschland⁹ mit den nicht minder abgeschlossen wirkenden Herkunftsgemeinschaften verschiedener christlich-fundamentalistisch geprägter Aussiedlergruppen in Deutschland: Sie wollen ihre Kinder zum Teil ebenfalls nicht in den Sport- oder Biologieunterricht, auf die Klassenfahrt, aus Glaubensgründen mitunter nicht einmal in öffentliche Schulen gehen lassen, gelten aber als integriert, weil sie deutsche Staatsangehörige sind.

Hinzu kommt, dass oft auch in den Medien¹⁰ Islam und Islamismus gleichgesetzt und fundamentalistische Interpretationen der Heiligen Bücher generalisierend ›dem Islam‹ angelastet und als allgemeines Hindernis für die Integration ›der Muslime‹ in einem liberaldemokratischen Verfassungsstaat verstanden werden. Niemand käme umgekehrt auf den Gedanken, etwa einschlägige, mit dem Grundgesetz nicht minder unvereinbare Botschaften des Alten Testaments als Einbürgerungshindernisse für praktizierende Christen in Deutschland zu verstehen, zum Beispiel im Blick auf die Geschlechterverhältnisse bzw. die Zweitrangigkeit der Frau, die ›dem Manne untertan‹ sei, oder im Blick auf die Legitimität einer Selbstjustiz ›Auge um Auge, Zahn um Zahn‹. Das gilt selbst dann,

wenn es sich um christlich-fundamentalistische Sekten handelt, die die Bibel wortgetreu zu leben suchen und deren Glaubensvorstellungen eben jene Filter von Aufklärung und Säkularisation ebenso wenig durchlaufen haben, die der Religion hierzulande schließlich im Sinne des Grundgesetzes einen gesicherten, freien, aber eben auch institutionell eingetragenen Platz in Werte- und Ordnungsgefüge des liberal-demokratischen Rechtsstaates zuwies.¹¹

Es wäre eine Fehlinterpretation des Grundgesetzes, wenn nicht berücksichtigt würde, dass das kulturelle Toleranzgebot durch die Grundwerte der Rechtsordnung des Einwanderungslandes begrenzt wird, will sagen: Keine Einwanderergruppe kann auf religiösen Gebräuchen bzw. religiös begründeten oder auch nur so legitimierten Verhaltensnormen beharren, die mit der Rechtskultur des Einwanderungslandes und den dahinter stehenden Grundwerten unvereinbar sind. Völlig ohne Belang bleibt dabei, ob es sich um christliche, muslimische oder andere Fundamentalisten handelt, von den liberal-demokratische Rechtsordnungen ohnehin verachtenden bzw. gegen sie agitierenden Islamisten oder den sie sogar aktiv bekämpfenden Dschihadisten¹² einmal ganz abgesehen.

Kollektive Verdächtigungen aber halten eine Schaukel der Desintegration in Gang, weil sie auf der einen Seite die Akzeptanzbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft und auf der anderen Seite die Integrationsbereitschaft der denunzierten Zuwanderergruppen schwächen. Das gilt

nicht nur gegenüber der muslimischen Zuwandererbevolkerung und auch nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Einwanderungsländern wie z.B. in den Niederlanden oder in Österreich – obgleich es in Österreich sogar schon seit 1979 die Anerkennung der ›Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich‹ als Körperschaft des öffentlichen Rechts gibt, was aber wenig am beziehungslosen und mitunter auch misstrauischen gesellschaftlichen Nebeneinander geändert hat.¹³

Das Schreckbild einer dauerhaften Nicht-Integration mit permanent weiter ausblühenden urbanen Segregationsprozessen wird in der deutschen öffentlichen Diskussion seit einigen Jahren unter dem Panikbegriff einer vor allem islamisch vorgestellten ›Parallelgesellschaft‹ verhandelt. In der Alltagskommunikation der schockierten Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund dient die Paniksemantik vorzugsweise dazu, die eigenen Vorteile zu bestätigen. In Deutschland gibt es – für Einwanderungs- und Integrationsprozesse über große kulturelle Distanzen hinweg aus der Geschichte hinlänglich bekannte und für solche Prozesse mitunter auf Zeit nachgerade konstitutive – Parallelkulturen. Es gibt aber kaum ›Parallelgesellschaften‹ im eigentlichen Sinne des Begriffs; denn dafür müssten mehrere Punkte zusammentreten: 1. eine ethnische bzw. monokulturelle Identität, 2. eine freiwillige und bewusste soziale Abschließung auch in Siedlung und Lebensalltag, 3. eine weitgehende wirtschaftliche Abgrenzung und 4. eine

gruppenspezifische Doppelung von Institutionen des Staates. Nicht Einzelercheinungen, sondern erst dieses Zusammentreten und Zusammenwirken mehrerer Aspekte macht das Vollbild einer ›Parallelgesellschaft‹ aus.¹⁴

Auch soziale Brennpunkte entstehen nicht automatisch da, wo sich Einwanderer konzentrieren, sondern dort, wo ethnische mit sozialen Problemen zusammentreffen und sich gegenseitig verschärfen. Die friedliche Koloniebildung im Einwanderungsprozess¹⁵ als solche hingegen hat, auch in Gestalt von urbanen Parallelkulturen im Integrationsprozess, mit ›Parallelgesellschaften‹ sehr wenig zu tun: ›Klein-Anatolien‹ ist – von atavistischen Sonderentwicklungen wie ›Zwangsheiraten‹ und ›Ehrenmorden‹ abgesehen – im Kern nicht mehr und nicht weniger als es ›Little Germany‹ in den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts war. Wer das bestreitet, ist mit der deutsch-amerikanischen Einwanderungsgeschichte nicht zureichend vertraut.

Die Rede von ›ethnischen Kolonien‹ als angeblichen Kriminalitätsnestern wiederum verweist zwar auf die bekanntlich in der Tat höher liegenden, aber in der Forschung auch immer wieder hinreichend differenziert begründeten Kriminalitäts- und vor allem Tatverdachtsraten in den entsprechenden, prekären und erheblich perspektivloseren Sozialmilieus der insgesamt auch demographisch jüngeren Zuwandererbevolkerung.¹⁶ Dabei finden die sozialen Hintergründe oft viel zu wenig Beachtung. Das Ergebnis ist eine Ethnisierung der Kriminalität.¹⁷ Überdies



In der Mittagspause führten die Veranstalter ein Pressegespräch mit Medienvertretern durch.

sind die Zuwandererviertel in deutschen Städten, von darin eingeschlossenen Herkunfts- und Religionsgemeinschaften einmal abgesehen, insgesamt zumeist ethnisch heterogen geprägt.

Die Schwerstkriminalität in Migrantenmilieus wiederum ist in Wirklichkeit konzentriert in von der Justiz zu lange mit interkulturellen Samthandschuhen behandelten mafiotischgroßfamiliären Ethno-Clans, die in verschiedenen deutschen Städten operieren und vorwiegend Drogen-, Frauenhandel, Rotlichtmilieu und Schutzgelderpressung kontrollieren. Sie sind auch Zentren der seit Jahren zunehmenden jugendlichen Gewaltkriminalität mit zum Teil atemberaubenden Täterbiographien. Am absurdesten wird diese Entwicklung dort, wo erwerbslose, im Integrationsprozess gescheiterte Zuwanderer, die in ihren Enklaven keinen Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft haben, in ihren über Sozialtransfers finanzierten sozialen Inseln in der Tat integrationsfeindliche herkömmliche Gebräuche kultivieren.

Hierher gehört nicht nur der seit jeher dauerarbeitslose Familienpatriarch, der nötigenfalls gewalttätig nach innen und außen die Allmacht über »seine« Großfamilie verteidigt, die in Wirklichkeit nicht von ihm, sondern durch die Sozialtransfers des Wohlfahrtsstaats ernährt wird. Hierher gehören auch in gewalttätiger Erziehung auf die Bahn gewalttätigen Wiederholungshandelns gebrachte, in ihren Schulkarrieren und damit im Vorfeld des Arbeitsmarktes katastrophal gescheiterte Jugendliche, die die deutsche Aufnahmegesellschaft in einer Art umgedrehten Rassismus als verweichlicht und sittlich verkommen verachten und damit ihre aus Frustration geborene, ebenso wütende wie neurotische Aggressivität legitimieren, die in meist spontanen gewalttätigen Angriffen mit oft schwerwiegenden Folgen für die Opfer Ausdrück findet.

Hierher gehören aber auch die zerbrochenen Lebensperspektiven mancher ihrer schulisch oft durchaus besser qualifizierten und zum Schutz ihrer »Ehre« alltäglich gegen angebliche Gefährdungen durch die verwerfliche »deutsche« oder »westliche« Kultur »geschützten« bzw. »verteidigten« Schwestern, die mitunter minderjährig mit einem weiteren Familienmitglied aus dem Herkunftsbiet verheiratet werden. Durch den so

ermöglichten Ehegattennachzug, den es aber durchaus auch im umgekehrten Geschlechterverhältnis gibt, wird das integrationsfeindliche Normengefüge der Großfamilie kontinuierlich neu gefestigt, das in seinen atavistischen Zügen mitunter deutlich hinter die Lebensformen in den sich durchaus modernisierenden Ausgangsräumen zurückgefallen ist; denn dabei haben sich die Neuzuwanderer aus Familiengründen in die desintegrierte Herkunftsgemeinschaft zu integrieren und sich den hier mitunter isoliert fortlebenden Formen des Sozialverhaltens zu unterwerfen.

In solchen integrationsfeindlichen Enklaven, in denen der Wohlfahrtsstaat seine eigenen Verächter alimentiert, könnte, bei aller Zurückhaltung gegenüber dem höchst missverständlichen Begriff, in der Tat von kleinen »Parallelgesellschaften« gesprochen werden. Es sollte aber nicht übersehen werden, dass ihr Zustandekommen zum Teil auch mit einer jahrzehntelang bewusst nicht-integrativen, im sozialen und mentalen Ergebnis desintegrativen und desorientierenden Flüchtlingspolitik zusammenhängt, in der es nicht um eine zeitlich wie auch immer begrenzte, geschweige denn lebensperspektivische Integrationsgestaltung, sondern um eine restriktive und ausgrenzende Schicksalsverwaltung ging, vor deren Folgen schon seit den 1980er Jahren immer wieder vergeblich gewarnt worden ist.¹⁸

Das gilt besonders für einzelne, lebensgeschichtlich zwischen die Fronten geratene Flüchtlingsfamilien, die in ihren Herkunftsräumen schon heimatlos waren. Markante Beispiele sind heute aus dem Libanon stammende Palästinenser und dort aus der Türkei zugewanderte, arabisch sprechende Kurden, von denen sich kleinere Gruppen nach ständiger Ausgrenzung scheinbar in einer Art Paria-Existenz eingerichtet haben und deren Kinder als »Libanesen« die Liste der jugendlichen Gewalttäter in Berlin anführen, um die sich seit drei Jahren die Ermittler einer Spezialabteilung der Berliner Staatsanwaltschaft kümmern.¹⁹ Das Berliner Landeskriminalamt kann Straßen in Neukölln, Kreuzberg oder Schöneberg benennen, in denen sich »Gangsta-Rapper« in Straßencamps organisieren und die »für die Polizei kaum noch kontrollierbar sind«. Sozialforscher sprechen von einer entstehenden »mo-

dernen Unterschicht« sui generis, die sich von herkömmlichen Unterschichten nicht nur durch eine »besorgniserregende Gewaltakzeptanz« unterscheidet, sondern auch durch ein identitätsstiftendes »Underdog-Bewusstsein«, eine »Unterschichtskultur, die sich selbstbewusst als solche artikuliert und die eigenen Merkmale ästhetisch überhöht.«²⁰

All das ist keine Werbung um Verständnis, geschweige denn um kollektiv mildernde Umstände für jugendliche Gewaltkriminalität, die zunächst einmal selber für ihre Verbrechen verantwortlich und im strafrechtlichen Sinne des Wortes haftbar zu machen sind. Es ist aber eine Erinnerung daran, dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen auch im Integrationsprozess in aller Regel ihre Ursache nicht allein in sich selber tragen und dass es deshalb umso dringlicher ist, über eine Intensivierung nachholender Integrationspolitik²¹ nachzudenken.

Dabei ist keine Zeit mehr zu verlieren; denn unübersehbar wächst als soziales Alarmzeichen – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Einwanderungsländern – der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Gruppe der Intensivtäter im Gewaltbereich. Gewaltdelikte im Migrantenmilieu aber sind nicht primär eine Frage der nationalen oder ethnischen Herkunft, sondern haben vorwiegend mit gescheiterten Integrationsprozessen und dadurch verschärften sozialen Problemen, mit Desorientierung und Perspektivlosigkeit zu tun:

»Republikweit steigt die Rate brutaler Exzesse im Migrantenmilieu«, meldete ein auf intensive Recherchen gestützter Pressebericht Ende März 2007: »In Köln führt die Polizei 107 Intensivtäter unter 18 Jahren – von denen 70 Prozent aus Einwandererfamilien kommen. In München sind 81 junge Serienkriminelle registriert, 51 von ihnen weisen einen Migrationshintergrund auf. In Frankfurt stammte 2005 fast die Hälfte aller jungen Verdächtigen aus dem Ausland.« In Berlin ist nach Angaben von Innensenator Ehrhart Körting (SPD) die Kriminalitätsrate unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund – im Gegensatz zur rückläufigen Rate bei deutschen Jugendlichen – seit 2005 um 7 Prozent gestiegen: »Von 3.450 minderjährigen Tatverdächtigen waren 2.040 Ausländer oder nichtdeutscher Herkunft«. Bei den 600 »Intensivtä-

tern« (mehr als 9 schwere Straftaten) und den 1.200 »Schwellentätern« (5–9 Schwerverbrechen) dominieren Jugendliche arabischer und türkisch-kurdischer Herkunft in einzelnen Bezirken zu mehr als 80 Prozent. Die jugendlichen Räuber, Schläger, Messerstecher, Vergewaltiger, Drogenhändler und Schutzgelderpresser haben zum Teil 60-100 registrierte Straftaten hinter sich, wobei die Gesamtzahl der jeweils tatsächlich begangenen (einschließlich der im Dunkelfeld unentdeckt gebliebenen bzw. aus Angst vor der Rache der Täter oder ihrer Gruppen nicht gemeldeten) Verbrechen nach Einschätzung von Ermittlern bis zu zehn mal so hoch liegen kann. Es wächst auch die Zahl der Straftaten bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Alter bis zu 14 Jahren, die altersbedingt straffrei ausgehen.²²

In Jugendgefängnissen in Niedersachsen, wo in ländlichen Distrikten die Aussiedler/Spätaussiedlerzuwanderung besonders stark war, ist zuweilen nicht das Deutsche, sondern das Russische die Verkehrssprache hinter Gittern. Eine auf eine Repräsentativbefragung unter 17.000 Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse und auf hinzu genommene Polizeidaten gestützte Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zeigte, dass in der Gruppe der jugendlichen Intensivtäter Aussiedler/Spätaussiedler doppelt so stark vertreten waren wie junge Deutsche ohne Migrationshintergrund, wobei an der Spitze der Gewaltpyramide hier jugendliche Täter türkischer und ex-jugoslawischer Herkunft standen.²³ Jugendliche ohne Migrationshintergrund antworten mit steigender ethnonationalistischer bzw. völkischer Orientierung und mit einer als Selbsthilfe verstandenen Abgrenzung gegen »Russen«, »Türken« und »Migranten« bzw. gegen zugewanderte »Fremde« überhaupt. Das gilt nicht nur für Neonazis, denen die letzten Verfassungsschutzberichte durchgängig starke Zuwachsraten bescheinigen.²⁴ Es gilt bei Jugendlichen auch für zahlreiche neue Rechtsorientierungen im Vorfeld parteipolitischer Bindungen. Die Jugendlichen von heute aber sind die Wähler von morgen.

Die an Berichten über erlebte gruppenspezifische Benachteiligungen bzw. Diskriminierungserfahrungen ablesbare, meist noch latente Polarisierung wächst

und die Erfolgchancen nachholender Integrationspolitik nehmen auf der Zeitachse ab – bei zugleich unverhältnismäßig steigenden sozialen Kosten. Gewarnt sei deshalb abermals vor fahrlässigem Zuwarten ebenso wie vor menschenfreundlichem Schönreden in falsch verstandener politischer Korrektheit an der Grenze zur philanthropischen Heuchelei.

3. Identitätskrisen und Religion im Integrationsprozess:

Von Religiosität als solcher geht keine Gefahr für den Integrationsprozess aus, soweit die dabei befolgten Grundwerte und Normen nicht denjenigen der Rechtskultur des Aufnahmelandes widersprechen. Religionen haben vielmehr mitunter besondere Funktionen in Diasporasituationen und Integrationsprozessen. Integration ist ein langer, mitunter Generationen übergreifender Prozess mit fließenden Grenzen zur Assimilation. Dabei kommt es vor allem zu Beginn und bei aus den verschiedensten Gründen gestörten Integrationsprozessen oft zu Orientierungskrisen, denen gegenüber das individuelle Krisenmanagement des Homo sapiens mit seiner angeblich rationalen Güterabwägung versagt oder doch zu versagen droht. Religionen können in solchen Orientierungskrisen Halt bieten und werden umgekehrt nicht selten durch sie gefestigt, gerade dann, wenn andere Orientierungshilfen keinen Halt mehr geben.

Wir kennen solche Wechselbezüge auch aus der Geschichte zahlreicher christlicher Diaspora-Situationen. Das galt zum Beispiel für die deutschen Siedler im Zarenreich seit der Frühen Neuzeit, die ihre Glaubensgemeinschaften als Identität stiftendes Element selbst über die Zeit des Stalinismus hinweg retteten. Sie streben seit Jahrzehnten als Aussiedler/Spätaussiedler in die Heimat der Vorfahren zurück, um hier, wie sie sagen, als »Deutsche unter Deutschen« zu leben. Und manche ihrer Gruppen gelten hierzu, just ihrer über Jahrhunderte gefestigten religiösen Traditionen wegen, nicht selten als »christliche Fundamentalisten«. Für Religion und Kirche als Orientierungshilfen unter gruppenspezifisch erfahrenem Krisendruck steht auch das Beispiel der Erhaltung der polnischen Nation ohne Staat in den Zeiten der Aufteilung Polens zwischen Russland,

Preußen und Österreich-Ungarn, in denen der nationale Zusammenhalt ganz wesentlich gestiftet wurde durch den gemeinsamen Glauben und die Kirche als tragende Institution. Hier ging es um Fremdheitserfahrungen nicht durch die Bewegung von Menschen über Grenzen, sondern infolge der Bewegung von Grenzen über Menschen hinweg, wodurch viele, ohne sich räumlich bewegt zu haben, zu Fremden im eigenen Lande wurden und damit in Identitätskrisen gerieten, wie man sie ansonsten eher aus der Erfahrung der Fremde durch Zuwanderung kennt. Weil wir um die Rolle von Religion und Kirche als Orientierungshilfen in durch Migration und Integration ausgelösten Orientierungskrisen wissen, sollten wir bei dem immer wieder geforderten und trotzdem zu wenig praktizierten christlich-islamischen Dialog auch das Thema Migration und Integration als Orientierungskrise zureichend beachten. Vor diesem Hintergrund ergeben sich andere Interpretationsansätze, wenn wir einerseits von der empirischen Sozialforschung erfahren, dass zum Beispiel die Einbürgerungsraten bei der muslimischen Einwandererbevölkerung stagnieren (im Bundesdurchschnitt und im Gegensatz zu der Aufwärtsentwicklung in Berlin), und wenn andererseits das Zentrum für Türkeistudien meldet, dass zeitgleich deren religiöse Orientierungen stark zunehmen, dass also der Islam als Orientierungshilfe an Gewicht gewinnt.

Die verstärkte Orientierung am Islam ist also als solche kein alarmierendes Krisensignal für die christliche Mehrheitsgesellschaft, sondern oft auch eine Antwort von Muslimen auf eigene Krisenerfahrungen im Integrationsprozess, an denen das demonstrative Misstrauen einer wachsenden Mehrheit gegenüber dem als Bedrohung verstandenen Islam nicht unschuldig ist. Eine Zunahme religiöser Orientierungen gibt es im übrigen auch in der christlichen Mehrheitsgesellschaft in Deutschland, wie eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom März/April 2006 zeigte, die eine Art statistische Trendumkehr nach jahrzehntelang zunehmender Abwendung von den Kirchen belegt.²⁵ Die verstärkte Hinwendung zum Islam aus Gründen einer Orientierungskrise im Integrationsprozess sollte also nicht als vorsätzliche, religiösweltanschaulich begründete Abwendung vom Einwanderungsland oder gar als Zeichen für die Herausbildung von isla-

mischen ›Parallelgesellschaften‹ interpretiert werden. Es sollte nicht um die Diffraktionierung des Islam als Keimzelle von ›Parallelgesellschaften‹ gehen, sondern um die Anerkennung des Islam als Glaubensgemeinschaft mit dem Anrecht auf eigenen Religionsunterricht an den Schulen unter Kontrolle deutscher Kultusministerien – was übrigens die Kultusministerkonferenz schon 1984 gefordert hat. Das wird in Nordrhein-Westfalen unter gezielter Förderung auch durch den ersten deutschen Integrationsminister Armin Laschet nachdrücklich vorangetrieben, der hierbei auch wichtige Anstöße der vorherigen Landesregierung aufgenommen hat. Ähnliches gilt für andere Bundesländer, zum Beispiel für Niedersachsen, wo es an der Universität Osnabrück ab WS 2007/08 den am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) ausgearbeiteten Studiengang für die Ausbildung von Islamlehrern an Schulen in Niedersachsen gibt. Voraussetzung für die Anerkennung des Islam als Glaubensgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes ist allerdings nicht nur die Akzeptanz auf staatlicher Seite und durch die christlichen Religionsgemeinschaften, sondern auch die Einigung der unterschiedlichen Richtungen und Lehrtraditionen des Islam auf eine gemeinsame Vertretung, der sich Gläubige zuordnen können und aus der erst jene Glaubensgemeinschaft erwächst, die das Grundgesetz meint und in ihren Rechtsansprüchen schützt. Der im Frühjahr von vier islamischen Dachverbänden gegründete Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) ist ein pragmatischer Schritt in diese Richtung und damit ein weiterer Beitrag zur Normalisierung des Umgangs mit dem Thema Integration auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland. Das gilt paradoxerweise gerade auch für den Streit um diese Initiative. Er ist nicht nur ein Beleg für die triviale Tatsache, dass es konfliktfreie Positionierungen in umstrittenen Interessensfeldern nicht gibt, sondern auch dafür, dass diese initiale Positionierung als wichtiger Schritt auf beiden Seiten ernst genommen wird.

Fußnoten:

¹ Hierzu bes. Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, Berlin 2001; als Beispiel aus der Publizistik: ders., Auf der schiefen Bahn, in:

Rheinischer Merkur, 31.7.2003, S. 4; zur Kritik solcher Interpretationen: Dieter Oberndörfer, Demographie und Demagogie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12. 2005, S. 1481–1491; Ernst Kistler, Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird, München 2006; Christian Rickens, Die neuen Spießer. Von der fatalen Sehnsucht nach einer überholten Gesellschaft, Berlin 2006, S. 31–55, 161–184.

² Hauptwerke: Necla Kelek, Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland, Köln 2005; dies., Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes, Köln 2006; über die mangelnde Stichhaltigkeit verallgemeinernder Kritik zum Beispiel am Verhalten muslimischer Schülereltern unter kritischer Bewertung auch entsprechender Aussagen von Necla Kelek: Martin Spiewak, Ins Schwimmen geraten. Politiker klagen, dass viele muslimische Schülerinnen den Turn-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht boykottieren. Stimmt das überhaupt?, in: Die Zeit, 7.12.2006; vgl. Anm. 6.

³ Martin Spiewak, Schwer integrierbar, in: Die Zeit, 20.9.2006.

⁴ Anette Rollmann, Gewalt im Alltag, in: Das Parlament, 15.1.2006, S. 8; Die Angst bestimmt den Alltag der Frauen. Interview mit Seyran Ates zum zweiten Jahrestag der Ermordung von Hatun Sürücü in Berlin, in: Spiegel online, 7.2.2007.

⁵ Hierzu zuletzt: Ralph Göbel-Zimmermann/Manuela Born, Zwangsverheiratung – Integratives Gesamtkonzept zum Schutz Betroffener, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR), 27. 2007. H. 2, S. 54–60 mit dem Fazit: »Eine gute Integrationspolitik ist daher das beste Mittel zur Verhütung von Zwangssehen und zum Schutz der Opfer« (S. 60).

⁶ Eine – nicht repräsentative – Befragung des Bundesfamilienministeriums zur Lebenssituation von Frauen aus Osteuropa und der Türkei in Deutschland kam für türkische Frauen zu diesem Ergebnis: Von 143 befragten Frauen, die mit einem türkischen Partner verheiratet sind oder waren, hatten drei Viertel den Partner vor

der Heirat kennen gelernt, ein Viertel (25%) nicht. Bei etwa der Hälfte der Frauen war der Partner von Verwandten ausgewählt worden (es handelte sich also um arrangierte bzw. vermittelte Ehen). Von dieser Hälfte der arrangierten Ehen wiederum waren 75% der Frauen mit der Wahl des Ehepartners einverstanden, 23% hätten den Partner lieber selbst ausgewählt (2–3% machten dazu keine Angaben). Von den ca. 50% der Frauen, deren Partner von Verwandten ausgesucht worden waren, waren etwa 25% vor der Eheschließung nicht nach ihrer Meinung zu dem zukünftigen Partner gefragt worden und 17% (also 8,5% von der Gesamtheit der befragten Frauen) »hatten zum Zeitpunkt der Eheschließung das Gefühl, zu dieser Ehe gezwungen zu werden« (Nürnberger Nachrichten, 17.4.2006); vgl. Ferda Ataman, Türkische Frauen: Die Opferrolle hat ausgedient, in: Spiegel online, 11.3.2007; Gülay Kizilcak/Martina Sauer, Der Weg der Frauen: Türkeistämmige Migrantinnen in Europa legen ihre Opferrolle ab (Ergebnisse einer in türkischer Sprache veröffentlichten Studie der Stiftung Zentrum für Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen 2006), in: Frankfurter Rundschau (FR), 14.2.2007.

⁷ Hierzu zuletzt: Michael Bommers, Einleitung, in: ders./Werner Schiffauer (Hg.), Migrationsreport 2006. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 9–29, hier S. 19ff.; Yasemin Karakasoglu, Lebensrealitäten von Mädchen mit Migrationshintergrund – jenseits von Zwangsverheiratung und Ehrenmorden, in: ZAR, 26. 2006, H. 1, S. 22–26 mit zentralen Ergebnissen aus: dies./Ursula Boos-Nünning, Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von jungen Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund, Münster 2005; Martin Spiewak, Meinungsstark, aber ahnungslos, in: die Zeit, 19.4. 2007.

⁸ Adam Soboczynski, Fremde Heimat Deutschland, in: die Zeit, 12.10.2006 (Dossier).

⁹ Über die mangelnde Stichhaltigkeit der verallgemeinernden Kritik am Verhalten muslimischer Schülereltern unter kritischer Bewertung auch entsprechender Aussagen von Necla Kelek: Martin Spiewak, Ins Schwimmen geraten. Politiker klagen, dass viele muslimische Schülerinnen den Turn-, Schwimm- und Se-

xualkundeunterricht boykottieren. Stimmt das überhaupt?, in: Die Zeit, 7.12.2006.

¹⁰ ARD- und ZDF-Programm stärkt Islam-Angst, in: FR, 3.2.2007.

¹¹ Zur vergleichenden Einschätzung muslimischer und christlicher Fundamentalisten anhand einer Untersuchung der Ruhr-Universität Bochum: Religion, Migration und Integration in Nordrhein-Westfalen, in: Neue Zürcher Zeitung, 10.6.2006.

¹² Allg. hierzu: die Beiträge in: Islamismus (www.bmi.bund.de).

¹³ Vgl. hierzu die Länderartikel von Leo Lucassen (Niederlande) und Sylvia Hahn (Österreich), in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/München [2007]; englische Ausgabe: Cambridge/New York [2008].

¹⁴ Allg. hierzu: Dirk Halm/Martina Sauer, Parallelsellschaft und ethnische Schichtung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1–2/2006, S. 18–24.

¹⁵ Friedrich Heckmann, Die Bundesrepublik – ein Einwanderungsland?, Stuttgart 1981, S.191–203; vgl. Klaus J. Bade, Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880–1980, Berlin 1983, S. 89ff.

¹⁶ Vgl. dazu die Ergebnisse der Shell-Studie über die vergleichsweise pessimistischen Zukunftsperspektiven muslimischer Jugendlicher (Deutsche Shell, Jugend 2000, 14. Shell Jugendstudie, Frankfurt a.M. 2002, S. 159); zur Zuwandererkriminalität allg.: Hans-Die-

ter Schwind, Kriminologie, 16. Ausg. Heidelberg 2006, S. 467–632.

¹⁷ Zur destruktiven Funktion von Kriminalitätszuweisungen im Integrationsprozess zuletzt: Jürgen Mansel, Kriminelle Ausländer? Fremdenfeindlichkeit, Anzeigeverhalten und Kontrollpolitik in den Bundesländern, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M. 2007, S. 169–191; vgl. Anm. 23.

¹⁸ Vgl. hierzu zuletzt: Heiko Kauffmann, Der Vorrang fürs Kindeswohl gilt auch bei Flüchtlingen. 15 Jahre nach Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention misst Deutschland immer noch mit zweierlei Maß, in: FR, 5.4.2007.

¹⁹ Grundlegend hierzu: Ralph Ghadban, Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin. Zur Integration ethnischer Minderheiten, Berlin 2000, S. 189–273; vgl. Regina Mönch, Die letzten Brücken. Warum viele jugendliche Libanesen in Berlin Gewalttäter sind, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.3.2007; Gerd Nowakowski, Damit keiner verloren geht. Jugendgewalt in Berlin, in: Der Tagesspiegel online, 23.2.2007; Alke Wierth, Intensivtäter intensiv betrachtet, in: Die Tageszeitung online, 1.3.2007; Alex Desselberger, Polizei fürchtet sich vor Angriffen, in: Focus online, 14.3.2007.

²⁰ Philipp Oehmke, Poesie aus der Siedlung, in: Der Spiegel, 16/2007 (16.4.2007), S. 180–186.

²¹ Hierzu allg.: Klaus J. Bade, Die Trias der Integrationspolitik: Präventive, begleitende und nachholende Interventionen, in: Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpo-

litischen Gesellschaft, Nr. 112, I/2006, S. 29–35; ders., Migration, Integration und kulturelle Vielfalt: Historische Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen, in: Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft. 34. Cappenberger Gespräch der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft, (Cappenberger Gespräche, Bd. 34), Kohlhammer, Köln 2007; ders., Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik, in: ders./Hans-Georg Hiesserich (Hg.), Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis (Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Nr. 11), Göttingen 2007.

²² Alex Desselberger u.a., »Gib her, ich stech ihn«. Jugendliche aus Einwandererfamilien dominieren die Gewaltstatistik. Ihnen drohen selten harte Strafen, in: Focus, 5.3.2007; Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD): »Bewährung reicht oft nicht«, in: Focus online, 9.3.2007; Armin Lehmann, Junge Haie: Sie sind noch keine 18, sind türkisch oder arabisch, schlagen, rauben, erpressen, dealen, in: Der Tagesspiegel online, 18.3.2007; vgl. oben Anm. 19.

²³ Dirk Baier/Christian Pfeiffer, Gewalttätigkeit bei deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen. Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Forschungsbericht Nr. 100), Hannover 2007; vgl. Christian Pfeiffer, Der Macho als Vorbild, in: Die Zeit, 10.11.2005; zur Kritik s. den Beitrag von Ursula Boos-Nünning in dieser Publikation.

²⁴ Rechte Gewalt nimmt zu. Neuer Höchststand befürchtet, in: FR, 8.2.2007.

²⁵ FAZ, 12.4.2006, S. 5.



Die Zuschauer folgten mit großem Interesse den Diskussionen auf dem Podium.